

## Amtliche Bekanntmachung der Stadt Grevenbroich

Betr.: a) Aufstellung der 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 163 „Am Knupp“ - Stadtteil Neuenhausen –

b) Aufstellung der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. N 45 „Am Neuhäuser Weg“ – Stadtteil Neukirchen –

c) Aufstellung der 1. vereinfachten Änderung der 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. N 45 (n) „Am Neuhäuser Weg“ – Stadtteil Neukirchen -

hier: 1) Aufstellungsbeschlüsse gemäß § 2 (1) i.V.m. §§ 1 (8), 13 Baugesetzbuch (BauGB)

2) Auslegung gemäß § 3 (2) i.V.m. § 13 BauGB

Zu 1a)

Der Rat der Stadt Grevenbroich hat in seiner Sitzung am 22.04.2010 folgenden Beschluss gefasst:

Der Rat beschließt gemäß § 2 (1) i.V.m. §§ 1 (8) und 13 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31.07.2009 (BGBl. I. S. 2585), die Aufstellung der 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 163 „Am Knupp“.

Zu 1b)

Der Rat der Stadt Grevenbroich hat in seiner Sitzung am 22.04.2010 folgenden Beschluss gefasst:

Der Rat beschließt gemäß § 2 (1) i.V.m. §§ 1 (8) und 13 BauGB die Aufstellung der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. N 45 „Am Neuhäuser Weg“.

Zu 1c)

Der Rat der Stadt Grevenbroich hat in seiner Sitzung am 22.04.2010 folgenden Beschluss gefasst:

Der Rat beschließt gemäß § 2 (1) i.V.m. §§ 1 (8) und 13 BauGB die Aufstellung der 1. vereinfachten Änderung der 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. N 45 (n) „Am Neuhäuser Weg“.

Die Plangebiete sind in den nachfolgend abgedruckten Plänen schwarz umrandet, unterbrochen dargestellt.

**Stadtteil: Neuenhausen**

**BPlan-Änd.-Nr.: 2. vereinf. Änd. G 163**

**Bezeichnung: „Am Knupp“**

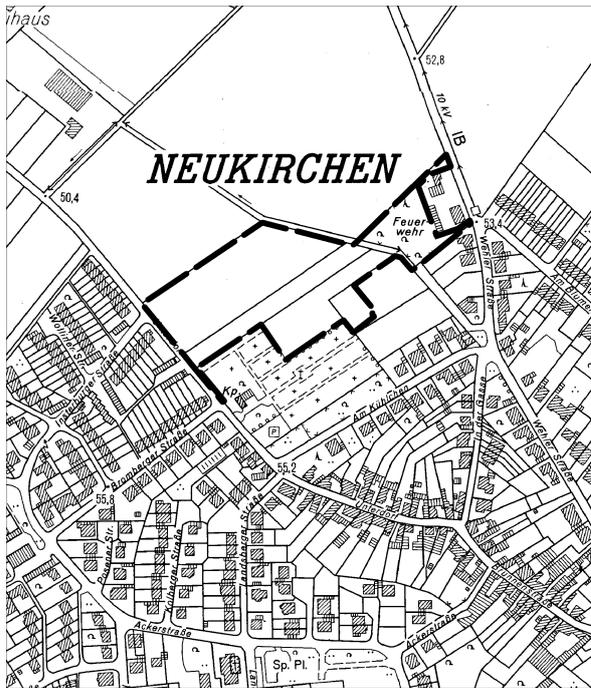
**Druckgenehm. Rhein-Kreis Neuss: DGK 5 (3662)**



**Stadtteil: Neukirchen**  
**BPlan-Änd.-Nr.: 1. vereinf. Änd. N 45**  
**Bezeichnung: „Am Neuhäuser Weg“**  
**Druckgenehm. Rhein-Kreis Neuss: DGK 5 (3662)**



**Stadtteil: Neukirchen**  
**BPlan-Änd.-Nr.: 1. vereinf. Änd. der 1. Änd. + Erg. N 45 (n)**  
**Bezeichnung: „Am Neuhäuser Weg“**  
**Druckgenehm. Rhein-Kreis Neuss: DGK 5 (3662)**



Die vorstehenden Beschlüsse werden hiermit gemäß § 2 (1) S. 2 i.V.m. § 1 (8) BauGB bekanntgemacht.

Zu 2a)

Der Planungsausschuss der Stadt Grevenbroich hat in seiner Sitzung am 13.04.2010 gemäß § 3 (2) i.V.m. § 13 BauGB die Auslegung der 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 163 „Am Knupp“ beschlossen.

Zu 2b)

Der Planungsausschuss der Stadt Grevenbroich hat in seiner Sitzung am 16.03.2010 gemäß § 3 (2) i.V.m. § 13 BauGB die Auslegung der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. N 45 „Am Neuhäuser Weg“ beschlossen.

Zu 2c)

Der Planungsausschuss der Stadt Grevenbroich hat in seiner Sitzung am 16.03.2010 gemäß § 3 (2) i.V.m. § 13 BauGB die Auslegung der 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. N 45 (n) „Am Neuhäuser Weg“ beschlossen.

Die Entwürfe der o.g. Bebauungsplanänderungen liegen gemäß § 3 (2) i.V.m. § 13 BauGB einschließlich Entwurfsbegründungen in der Zeit vom 14.05.2010 bis einschließlich 14.06.2010 im städtischen Verwaltungsgebäude Neues Rathaus, Rathäuserweiterungsbau, Ostwall 6, Grevenbroich, Zimmer 212, während der Dienststunden öffentlich aus.

Die Durchführung des vereinfachten Verfahrens bedeutet gemäß § 13 (3) BauGB, dass von einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB abgesehen wird. Während der Auslegungsfrist kann jedermann Anregungen zu den Entwürfen schriftlich oder zur Niederschrift vorbringen.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gem. § 3 (2) Satz 2 und § 4 a (6) BauGB bei der

Beschlussfassung über den Bauleitplan  
unberücksichtigt bleiben.

Ferner ist ein Antrag nach § 47 der  
Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig, soweit mit ihm  
Einwendungen geltend gemacht werden, die vom  
Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder  
verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend  
gemacht werden können.

Grevenbroich, den 28.04.2010

Ursula Kwasny  
Bürgermeisterin

## **Amtliche Bekanntmachung der Stadt Grevenbroich**

**Betr.:** Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 39 „Erweiterung Krankenhaus“ – Stadtteil Stadtmitte –

**hier:** a) erneuter Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) i.V.m. §§ 1 (8), 13a Baugesetzbuch (BauGB)

b) Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gem. § 10 BauGB

Zu a)

Der Rat der Stadt Grevenbroich hat in seiner Sitzung am 22.04.2010 folgenden Beschluss gefasst:

Der Rat beschließt gemäß § 2 (1) i.V.m. §§ 1 (8) und 13a Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31.07.2009 (BGBl. I. S. 2585), die erneute Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 39 „Erweiterung Krankenhaus“.

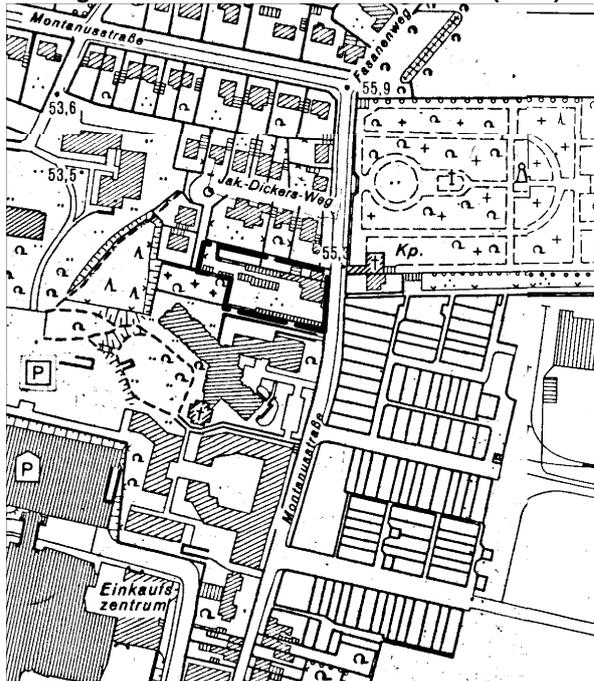
Das Plangebiet ist im nachfolgend abgedruckten Plan schwarz umrandet, unterbrochen dargestellt.

**Stadtteil: Stadtmitte**

**BPlan-Änd.-Nr.: 3. Änd. G 39**

**Bezeichnung: „Erweiterung Krankenhaus“**

**Druckgenehm. Rhein-Kreis Neuss: DGK 5 (3662)**



Der vorstehende Beschluss wird hiermit gemäß § 2 (1) S. 2 i.V.m. § 1 (8) BauGB bekanntgemacht.

Zu b)

Ferner hat der Rat der Stadt Grevenbroich in seiner Sitzung am 22.04.2010 die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 39 „Erweiterung Krankenhaus“ als Satzung beschlossen.

Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 39 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 39 tritt gemäß § 10 Baugesetzbuch am Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Es wird auf folgendes hingewiesen:

1. Gemäß § 44 (3) BauGB kann der Entschädigungsberechtigte Entschädigung verlangen, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt nach § 44 (4) BauGB, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die vorstehend bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.
2. Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des BauGB beim Zustandekommen der Satzung wird gemäß §§ 215, 214 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Stadt Grevenbroich geltend gemacht worden ist.

Dies gilt nicht, wenn Vorschriften über die Genehmigung oder die Veröffentlichung der Satzung verletzt worden sind.

3. Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden vom 30.06.2009 (GV. NRW S. 380), kann eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen die vorstehende Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn
  - a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt
  - b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
  - c) der Bürgermeister hat den Beschluss vorher beanstandet  
oder
  - d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Grevenbroich vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 39 kann ab sofort einschließlich Entscheidungsbegründung im städt. Verwaltungsgebäude Neues Rathaus, Rathaus-erweiterungsbau, Grevenbroich, Zimmer 212, Ostwall 6, während der Dienststunden eingesehen werden.

Grevenbroich, den 28.04.2010

Ursula Kwasny  
Bürgermeisterin

## **Amtliche Bekanntmachung der Stadt Grevenbroich**

Betr.: a) Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. F 21 „Am Glockenstrauch“ – Stadtteil Frimmersdorf –  
b) Aufstellung der 1. vereinfachten Änderung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. K 27 „Entwicklungsbereich Kapellen, Teil 3, Gewerbegebiet ‚Auf den Hundert Morgen‘“ – Stadtteil Kapellen –  
hier: Bekanntmachung der Satzungsbeschlüsse

Zu a)

Der Rat der Stadt Grevenbroich hat in seiner Sitzung am 22.04.2010 den Bebauungsplan Nr. F 21 „Am Glockenstrauch“ als Satzung beschlossen.

Zu b)

Der Rat der Stadt Grevenbroich hat in seiner Sitzung am 22.04.2010 die 1. vereinfachte Änderung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. K 27 „Entwicklungsbereich Kapellen, Teil 3, Gewerbegebiet ‚Auf den Hundert Morgen‘“ als Satzung beschlossen.

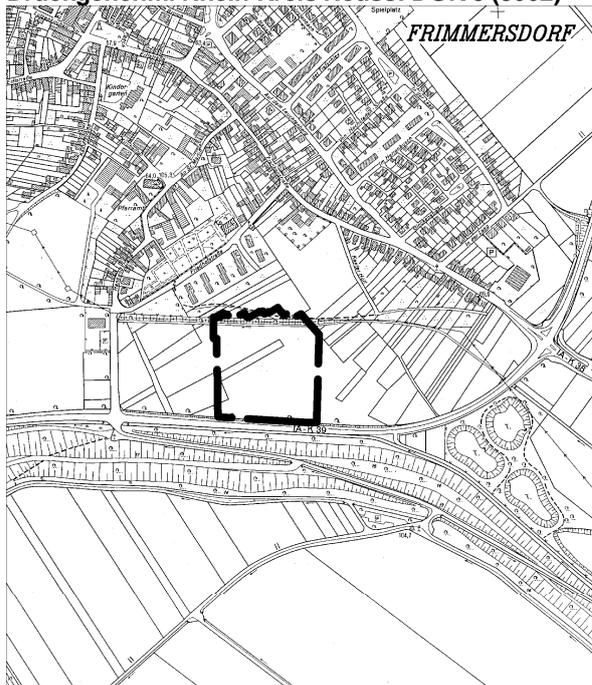
Die Plangebiete sind in den nachfolgend abgedruckten Plänen schwarz umrandet, unterbrochen dargestellt.

**Stadtteil: Frimmersdorf**

**BPlan-Nr.: F 21**

**Bezeichnung: „Am Glockenstrauch“**

**Druckgenehm. Rhein-Kreis Neuss: DGK 5 (3662)**



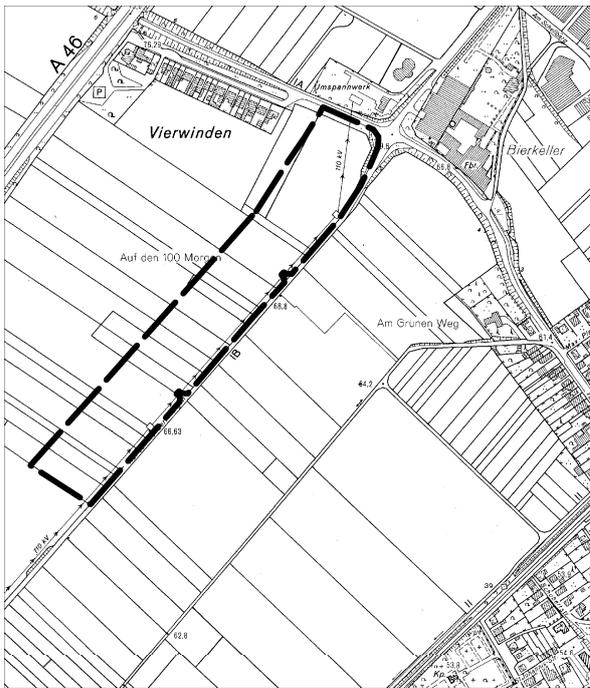
**Stadtteil: Kapellen**

**BPlan-Änd.-Nr.: 1. vereinf. Änd. der 1. Änd. K 27**

**Bezeichnung: „Entwicklungsbereich Kapellen,**

**Teil 3, Gewerbegebiet ‚Auf den Hundert Morgen‘“**

**Druckgenehm. Rhein-Kreis Neuss: DGK 5 (3662)**



Der Bebauungsplan Nr. F 21 und die 1. vereinfachte Änderung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. K 27 werden hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Der Bebauungsplan Nr. F 21 und die 1. vereinfachte Änderung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. K 27 treten gemäß § 10 Baugesetzbuch am Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Es wird auf folgendes hingewiesen:

1. Gemäß § 44 (3) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31.07.2009 (BGBl. I. S. 2585), kann der Entschädigungsberechtigte Entschädigung verlangen, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt nach § 44 (4) BauGB, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die vorstehend bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.
2. Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des BauGB beim Zustandekommen der Satzung wird gemäß §§ 215, 214 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Stadt Grevenbroich geltend gemacht worden ist.

Dies gilt nicht, wenn Vorschriften über die Genehmigung oder die Veröffentlichung der Satzung verletzt worden sind.

3. Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden vom 30.06.2009 (GV. NRW S. 380), kann eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen die vorstehenden Satzungen nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn
- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
  - b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
  - c) der Bürgermeister hat den Beschluss vorher beanstandet  
oder
  - d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Grevenbroich vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Der Bebauungsplan Nr. F 21 und die 1. vereinfachte Änderung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. K 27 können ab sofort einschließlich Entscheidungsbegründungen im städt. Verwaltungsgebäude Neues Rathaus, Rathuserweiterungsbau, Grevenbroich, Zimmer 212, Ostwall 6, während der Dienststunden eingesehen werden.

Grevenbroich, den 28.04.2010

Ursula Kwasny  
Bürgermeisterin

## **Amtliche Bekanntmachung der Stadt Grevenbroich**

**Betr.:** Aufstellung der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 158 „Lindenstraße / Montanusstraße / Nordstraße“ - Stadtteil Stadtmitte -

**hier:** a) Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) i.V.m. § 1(8) Baugesetzbuch (BauGB)

b) Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB

Zu a)

Der Rat der Stadt Grevenbroich hat in seiner Sitzung am 22.04.2010 folgenden Beschluss gefasst:

Der Rat beschließt gemäß § 2 (1) i.V.m. § 1 (8) Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31.07.2009 (BGBl. I. S. 2585), die Aufstellung der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 158 „Lindenstraße / Montanusstraße / Nordstraße“.

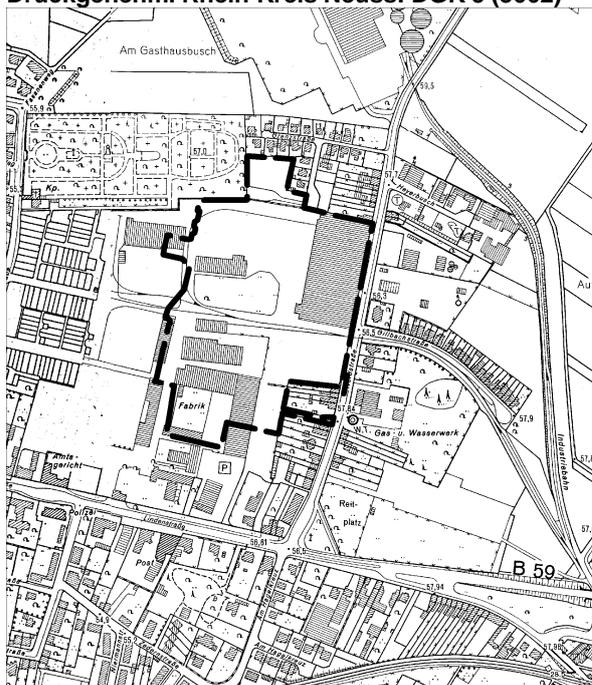
Das Plangebiet ist im nachfolgend abgedruckten Plan schwarz umrandet, unterbrochen dargestellt.

**Stadtteil: Stadtmitte**

**BPlan-Änd.-Nr.: 8. Änd. G 158**

**Bezeichnung: „Lindenstraße / Montanusstraße / Nordstraße“**

**Druckgenehm. Rhein-Kreis Neuss: DGK 5 (3662)**



Der vorstehende Beschluss wird hiermit gemäß § 2 (1) S. 2 i.V.m. § 1 (8) BauGB bekanntgemacht.

Zu b)

Gemäß § 3 (1) BauGB wird über die beabsichtigte Planung mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Anhörung und Erörterung durchgeführt.

Zu diesem Zweck liegt der Planentwurf in der Zeit vom 10.05.2010 bis einschließlich 17.05.2010 im städtischen Verwaltungsgebäude Neues Rathaus, Rathaus-erweiterungsbau Ostwall 6, Grevenbroich, Zimmer 212, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.

Während der Dienststunden stehen Mitarbeiter des Fachbereiches Planung/Bauordnung zur Auskunft zur Verfügung.

Grevenbroich, den 28.04.2010

Ursula Kwasny  
Bürgermeisterin

## **Amtliche Bekanntmachung der Stadt Grevenbroich**

**Betr.:** Aufstellung der **Aufhebung** des Bebauungsplanes Nr. W 11 „Hemmerdener Weg“ - Stadtteil Wevelinghoven -

**hier:** a) Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) i.V.m. § 1(8) Baugesetzbuch (BauGB)

b) Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB

Zu a)

Der Rat der Stadt Grevenbroich hat in seiner Sitzung am 22.04.2010 folgenden Beschluss gefasst:

Der Rat beschließt gemäß § 2 (1) i.V.m. § 1 (8) Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31.07.2009 (BGBl. I. S. 2585), die Aufstellung der **Aufhebung** des Bebauungsplanes Nr. W 11 „Hemmerdener Weg“.

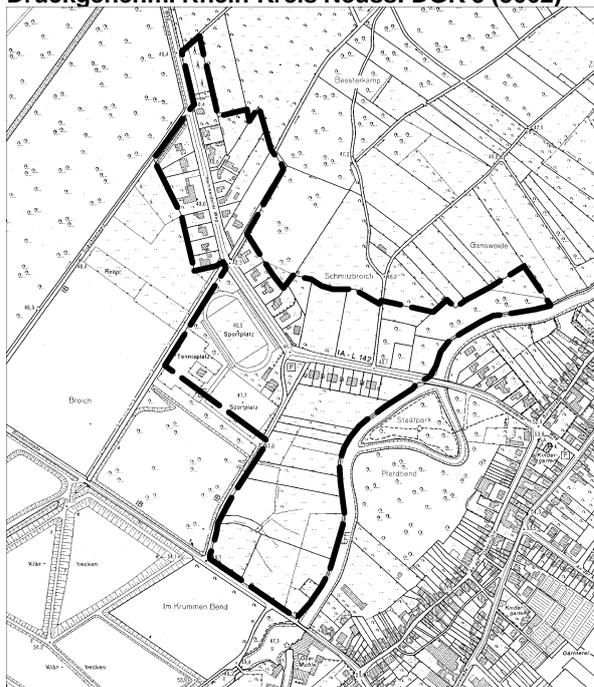
Das Plangebiet ist im nachfolgend abgedruckten Plan schwarz umrandet, unterbrochen dargestellt.

**Stadtteil: Wevelinghoven**

**BPlan-Nr.: Aufhebung W 11**

**Bezeichnung: „Hemmerdener Weg“**

**Druckgenehm. Rhein-Kreis Neuss: DGK 5 (3662)**



Der vorstehende Beschluss wird hiermit gemäß § 2 (1) S. 2 i.V.m. § 1 (8) BauGB bekanntgemacht.

Zu b)

Gemäß § 3 (1) BauGB wird über die beabsichtigte Planung (Aufhebung des Bebauungsplanes) mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Anhörung und Erörterung durchgeführt.

Zu diesem Zweck liegt der Planentwurf in der Zeit vom 10.05.2010 bis einschließlich 17.05.2010 im städtischen Verwaltungsgebäude Neues Rathaus, Rathaus-erweiterungsbau Ostwall 6, Grevenbroich, Zimmer 212, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.

Während der Dienststunden stehen Mitarbeiter des Fachbereiches Planung/Bauordnung zur Auskunft zur Verfügung.

Grevenbroich, den 28.04.2010

Ursula Kwasny  
Bürgermeisterin

## **Amtliche Bekanntmachung der Stadt Grevenbroich**

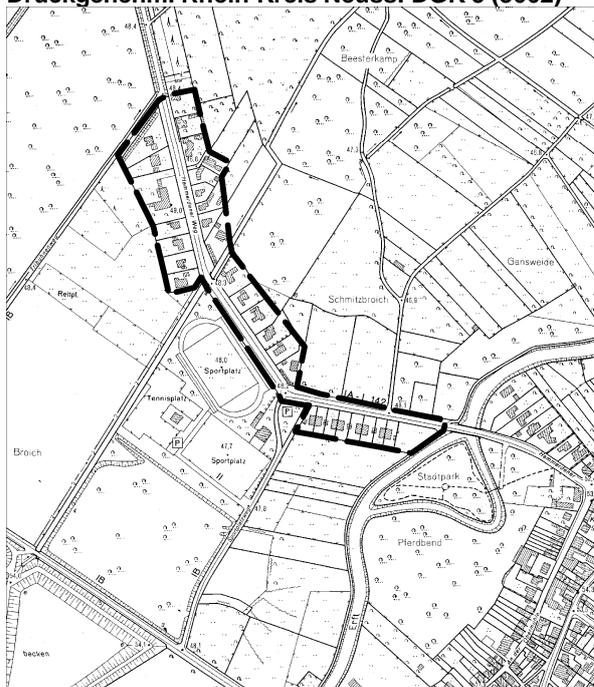
**Betr.:** Erlass einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung gemäß § 34 (4) Nr. 1 und 3 BauGB für den nördlichen Bereich des Hemmerdener Weges im Stadtteil Wevelinghoven

**hier:** Einstellung des Planverfahrens gem. § 2 (1) i.V.m. § 1 (8) Baugesetzbuch (BauGB)

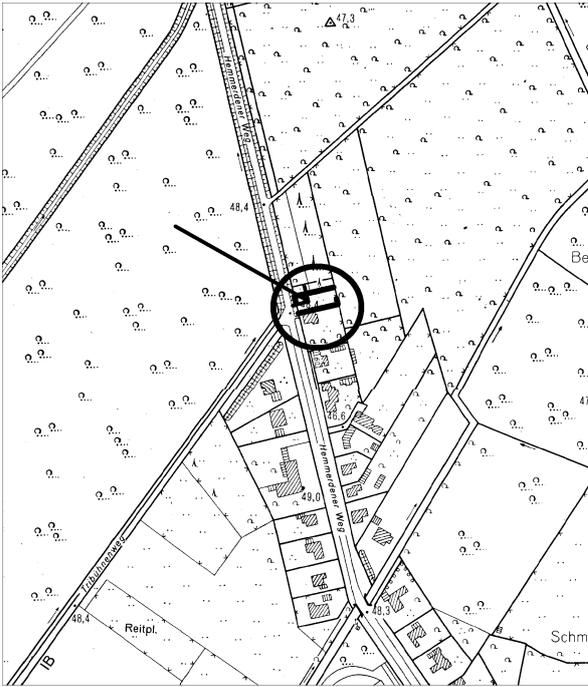
Der Rat der Stadt Grevenbroich hat in seiner Sitzung am 22.04.2010 gemäß § 2 (1) i.V.m. § 1 (8) Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31.07.2009 (BGBl. I. S. 2585), beschlossen, das Verfahren zum Erlass einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung gemäß § 34 (4) Nr. 1 und 3 BauGB für den nördlichen Bereich des Hemmerdener Weges im Stadtteil Wevelinghoven einzustellen.

Der Geltungsbereich der Satzung ist in den nachfolgend abgedruckten Plänen schwarz umrandet, unterbrochen dargestellt.

**Stadtteil: Wevelinghoven**  
**Bezeichnung: Klarstellungssatzung**  
**Druckgenehm. Rhein-Kreis Neuss: DGK 5 (3662)**



**Stadtteil: Wevelinghoven**  
**Bezeichnung: Ergänzungssatzung**  
**Druckgenehm. Rhein-Kreis Neuss: DGK 5 (3662)**



Der vorstehende Beschluss wird hiermit gemäß § 2 (1)  
S. 2 i.V.m. § 1 (8) BauGB bekanntgemacht.

Grevenbroich, den 28.04.2010

Ursula Kwasny  
Bürgermeisterin

Die Dienststunden des Fachbereiches  
Planung/Bauordnung sind:

montags bis mittwochs von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr  
und von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr  
donnerstags von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr  
und von 13.00 Uhr bis 17.00 Uhr  
freitags von 7.30 Uhr bis 13.00 Uhr

*Ende der amtliche Bekanntmachungen*